

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 25. November 2021

Martin Habersaat

Die berufliche Bildung hat eine hohe Aufmerksamkeit verdient

TOP 28: Fachkräfte sichern - Moratorium für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein (Drs. 19/3412)

„So geht konstruktive, solide und erfolgreiche Oppositionsarbeit: Am 9. November hat die SPD-Fraktion einen Antrag vorgelegt, die Zahl der Lehrerstellen der Beruflichen Schulen trotz sinkender Schülerzahlen konstant zu halten. Und am 17. November teilte der Wirtschaftsminister via dpa mit, die Zahl der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen in den nächsten zwei Jahren konstant zu halten. Wichtig ist dabei, dass das durch das Aufbringen zusätzlicher Mittel erreicht wird und nicht etwa auf Kosten anderer Schulen. Natürlich haben wir über dieses Anliegen hinaus noch zwei, drei Anmerkungen zur Beruflichen Bildung. Es ist gut, dass der Ältestenrat diesem Thema heute die Priorität eingeräumt hat. Die Berufliche Bildung hat eine hohe Aufmerksamkeit verdient!

Während die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen gegenüber dem Vorjahr fast konstant geblieben sind, sind sie an den berufsbildenden Schulen um mehr als 2.000, das entspricht 2,3 %, zurückgegangen. Und das war nicht der erste Rückgang in den letzten Jahren. Da die Planstellenzuweisung aber nach Schüler*innenzahlen erfolgt, mussten die Beruflichen Schulen darauf mit der Einstellung von Angeboten reagieren. Allein im Kreis Plön ging die Zahl der Fachklassen vom Schuljahr 2014/15 zum Schuljahr 2018/19 um 18 Prozent zurück.

Das Einfrieren der Stellen ist dabei ein kurzfristiges Mittel. Dauerhaft hilft nur eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen. Das haben außer mir auch andere erkannt: „Ziel ist es, im Rahmen einer landesweiten Schulentwicklungsplanung ein Ausbildungsangebot an den berufsbildenden Schulen und RBZ in der Fläche unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten zu erhalten.“

So schrieben es sich CDU, Grüne und FDP 2017 in ihren Koalitionsvertrag. Schade nur, dass es jahrelang bei dieser Aussage blieb, ohne dass konkrete Taten hin zu so einer Planung erfolgt wären. Statt sich nach der Problembeschreibung und der Zielbestimmung der konkreten Umsetzung dieses Vorhabens zu widmen, blockierte die Regierung sich zunächst jahrelang selbst durch die unselige Verlagerung der Beruflichen Bildung vom Bildungsministerium ins Wirtschaftsministerium. Jahrelang fühlte sich die Bildungsministerin nicht mehr zuständig, jahrelang fühlte sich der Wirtschaftsminister noch nicht zuständig.

Immerhin, nach drei Jahren, irgendwann 2020, hatte irgendjemand die Idee, ein Gutachten in Auftrag zu geben. Es mag wenige Stärken geben, die ich dieser Landesregierung öffentlich attestiere, aber die Vergabe von Gutachten und Evaluationen aller Art gehört zweifelsfrei dazu. Irgendwann 2021 lagen dem SHIBB, dem Wirtschaftsministerium und den regierungstragenden Fraktionen dann die „Anforderungen an die berufliche Bildung in Schleswig-Holstein“ vor, zumindest in einer Entwurfsfassung. Irgendwann später wurde dieses Gutachten dann auch den anderen Fraktionen im Hause zugänglich gemacht. „Horten von Herrschaftswissen“ wäre eine zweite dieser Jamaika-Stärken.

Wenn Sie das Thema vorher mal im Bildungsausschuss angesprochen hätten, hätte ich Ihnen gesagt, dass sich mit der Berufsschule, den Berufsfachschulen, den Fachoberschulen, den Berufsoberschulen, den Beruflichen Gymnasien und den Fachschulen sechs Schularten unter dem Dach der Beruflichen Schulen und der Regionalen Bildungszentren vereinen. Und dass von den Angeboten in den Berufsschulen stark abhängt, welche Berufsfelder den Schülerinnen und Schülern im AVSH gezeigt werden können. Man hätte meinen können, Sie wüssten das. Wenn Sie es wissen, warum geben Sie dann ein Gutachten allein zum Thema der Berufsausbildung in Auftrag? Jetzt haben Sie, nach viereinhalb Jahren, bestenfalls einen Baustein einer landesweiten Schulentwicklungsplanung in der Hand.

Die eigentlich Arbeit, die Entwicklung von Perspektiven für die Beruflichen Schulen in der ganzen Breite ihrer Möglichkeiten unter Berücksichtigung der Interessen von Wirtschaft, Handwerk, Schulträgern, Lehrkräften und Schüler*innen hinterlassen Sie der nächsten Landesregierung. Exemplarisch kann man das übrigens gerade auf dem Lübecker Priwall besichtigen. Bei diesem landesweiten Dialogprozess wird es auch um neue Bedarfe gehen müssen. Das Gutachten spricht von 21st Century-Skills, von der Entwicklung und dem Einsatz digitaler Technik, von Branchen, die für die Senkung des CO₂-Ausstoßes und das Gelingen der Energiewende wichtig sind. Oder, um es mit den Worten von Thomas Losse-Müller zu sagen: „Klimaschutz wird vom Handwerk gemacht.“ Und wir müssen dafür die Rahmenbedingungen liefern!“